I andkrais lickarmark	Drucksachen-Nr. Version 189/2001	Datum 18.10.2001	Blat

	_	L	E	Berichtsvorla	ige [	$\boxtimes$	öffentlic	he Sitz	zung		icht-öffentlich Sitzung
_	Beratungsfolge:									Dati	um:
	Fachausschuß										
	Fachausschuß										
$\boxtimes$	Kreisausschuß									20.	11.01
$\boxtimes$	Kreistag										12.01
9 Ab	gliederung der G os. 3 Gemeinded nn Kosten entste	ordnung fü					r) in die	Stad	lt Sch	nwedt	/Oder gemä
Koste			Haush	altsstelle	Н	łausł	naltsjahr				
$\overline{}$									Mittel	l stehen	zur Verfügung
	Mittel stehen nicht zur	Verfügung	Decku	ngsvorschlag:							
	Mittel stehen nur in folg zur Verfügung:	gender Höhe									
	Kreistag befürwe Bürgerentscheic		eabs	ichtigten Z	Zusamme	ens	chluß v	orbeł	naltlic	ch der	· Ergebnisse
Der der I	Bürgerentscheid		eabs	ichtigten Z	'usamme	ens	chluß v	orbeł	naltlic	ch der	Ergebnisse
Der der I	_		eabs	ichtigten Z	'usamme Dr. Kra			orbeł			
Der der I	Bürgerentscheid	de.	eabs	ichtigten Z		aus		orbeł		Benth	
Der der I zustär Rec	Bürgerentscheid	de. <u>Buth</u>	eabs Name		Dr. Kra	aus		orbeł	Dr.	<u>Bentr</u> rat	
Der der I zustär Recl	Bürgerentscheid ndiges Amt: htsamt	de. <u>Buth</u>			Dr. Kra	aus		orbeł	Dr.	<u>Bentr</u> rat	nin
Der der I zustär Recl	Bürgerentscheid ndiges Amt: htsamt	de. <u>Buth</u>			Dr. Kra	aus		orbeł	Dr.	<u>Bentr</u> rat	nin
zustär Recl abge Amt	Bürgerentscheid ndiges Amt: htsamt	de. <u>Buth</u>	Name	Stimmen	Dr. Kra	aus nt			Dr.	Benthrat Unte	nin
zustär Recl abge Amt	Bürgerentscheid  ndiges Amt:  htsamt  estimmt mit:  tungsergebnis:  Kreistag/	Buth Amtsleiter		Stimmen	Dr. Kra Dezerner	aus nt	e		Dr. Landi	Benthrat Unte	nin rschrift Abw eichen Beschluß
zustär Recl abge Amt	Bürgerentscheid  ndiges Amt:  htsamt  estimmt mit:  tungsergebnis:  Kreistag/	Buth Amtsleiter	Name	Stimmen	Dr. Kra Dezerner	aus nt	e		Dr. Landi	Benthrat Unte	nin rschrift Abw eichen Beschluß

## Begründung:

Gemäß § 9 Abs. 3 Gemeindeordnung können sich Gemeinden durch Eingliederung zusammenschließen, sofern aus Gründen des öffentlichen Wohls dem nichts entgegensteht. Das Amt Gartz/Oder besteht aus 20 Gemeinden mit insgesamt ca. 9.000 Einwohnern.

Die Stadt Gartz (Oder) und die Gemeinden Friedrichsthal, Geesow, Hohenreinkendorf, Mescherin, Neurochlitz, Radekow, Rosow, Schönfeld, Tantow, Blumberg, Casekow, Lukkow-Petershagen, Wartin, Groß-Pinnow und Hohenselchow haben sich in Auswertung der Leitlinien für die Entwicklung der Gemeindestruktur im Land Brandenburg für die Beibehaltung des Amtsmodells und für Gemeindezusammenschlüsse innerhalb des Amtes Gartz/Oder ausgesprochen. Entsprechende Grundsatzbeschlüsse sind gefaßt, die Bürgerentscheide sind für den 21.10.2001 geplant. Die beabsichtigten Zusammenschlüsse liegen dem Kreistag ebenfalls zur Anhörung vor.

Die Gemeinden Biesendahlshof und Woltersdorf haben sich noch nicht abschließend positioniert, leitliniengerechte Entscheidungen sind noch möglich.

Die Gemeindevertretung Hohenfelde (Amt Gartz/(0der) hat am 22.02.2001 den Grundsatzbeschluß zur Eingliederung in die Stadt Schwedt/0der gefaßt. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Vierraden hat ebenfalls einen Beschluß zur Eingliederung der Stadt Vierraden in die Stadt Schwedt/0der gefaßt. Die beabsichtigte Eingliederung der Stadt Vierraden liegt dem Kreistag ebenfalls zur Anhörung vor. Der Eingliederung von Hohenfelde in die Stadt Schwedt/0der sollte zugestimmt werden. Sie ist leitliniengerecht und aufgrund der engen territorialen Verknüpfungen zwischen den Städten Schwedt/0der und Vierraden und der Gemeinde Hohenfelde auch sinnvoll.

Folgende formelle Voraussetzungen zur Beantragung der Genehmigung zur Eingliederung beim Ministerium des Innern sind erfüllt bzw. werden zum Zeitpunkt der Beantragung erfüllt sein:

- 1. Die Anhörung der nichtvertragschließenden Gemeinden und des Amtsausschusses erfolgt in den kommenden Wochen. Im Interesse einer zügigen Entwicklung der Gemeindestruktur unter Beachtung der Leitlinien ist eine parallele frühzeitige Anhörung des Kreistages anzustreben.
- 2. Die Durchführung des Bürgerentscheides in der Gemeinde Hohenfelde ist für den 21.10.2001 geplant.
- 3. Die Unterzeichnung des öffentlich-rechtlichen Vertrages erfolgt nach Durchführung der Bürgerentscheide.

Gemäß § 9 Abs. 3 GO ist der Kreistag vor einer beabsichtigten Eingliederung zu hören. Die Genehmigung der Eingliederung erfolgt durch das Ministerium des Innern des Landes Brandenburg.